

Elfte Sitzung – Onzième séance

Donnerstag, 17. Dezember 2015

Jeudi, 17 décembre 2015

08.15 h

14.058

Für ein bedingungsloses Grundeinkommen. Volksinitiative

Pour un revenu de base inconditionnel. Initiative populaire

Zweitrat – Deuxième Conseil

Nationalrat/Conseil national 23.09.15 (Erstrat – Premier Conseil)

Nationalrat/Conseil national 23.09.15 (Fortsetzung – Suite)

Ständerat/Conseil des Etats 17.12.15 (Zweitrat – Deuxième Conseil)

Nationalrat/Conseil national 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Ständerat/Conseil des Etats 18.12.15 (Schlussabstimmung – Vote final)

Graber Konrad (C, LU), für die Kommission: Die Volksinitiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» wurde am 4. Oktober 2013 mit 126 408 gültigen Unterschriften von einer parteipolitisch unabhängigen und konfessionell neutralen Gruppe eingereicht. Sie verlangt, dass ein bedingungsloses Grundeinkommen eingeführt wird.

Das bedingungslose Grundeinkommen soll allen in der Schweiz lebenden Menschen ein menschenwürdiges Dasein ermöglichen. Die Menschen sollen mit dem bedingungslosen Grundeinkommen bescheiden, aber in Würde leben und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können. Sie sollen davon befreit sein, erwerbstätig sein zu müssen. Die Initiantinnen und Initianten gehen davon aus, dass die Menschen damit motivierter wären als heute und sich vermehrt auch für das Gemeinwesen engagieren würden.

Der Nationalrat hat am 23. September 2015 mit 146 zu 14 Stimmen bei 12 Enthaltungen entschieden, die Initiative zur Ablehnung zu empfehlen. Auch Ihre Kommission ist zum Schluss gelangt, dass diese Initiative dem Volk und den Kantonen zur Ablehnung zu empfehlen ist.

Nach genauer Prüfung des Vorschlages ist Ihre Kommission zum einen zur Ansicht gelangt, dass die Initiative nicht zu einer Vereinfachung, sondern, im Gegenteil, zu einer Verkomplizierung unseres fein austarierten Sozialsystems führen müsste. Auch bei einem Grundeinkommen von 2500 Franken wäre es nicht möglich, die Alters- und Hinterlassenenversicherung, die berufliche Vorsorge, die Invalidenversicherung, die Arbeitslosenversicherung, die Kranken- und Unfallversicherung, die Erwerbsersatzordnung und die Familienzulagen abzuschaftern. Zum andern beinhaltet das System der sozialen Sicherheit auch bedarfsabhängige Leistungen. Auf Bundesebene sind dies die Ergänzungsleistungen, die AHV und die IV sowie die Prämienverbilligung in der Krankenversicherung. Auf kantonaler und kommunaler Ebene finden sich zahlreiche weitere Bedarfsleistungen, die zur unmittelbaren Existenzsicherung beitragen, zum Beispiel die Sozialhilfe, die Alimentenbevorschussung, Unkostenzuschüsse usw.

Was manchmal mit dem bedingungslosen Grundeinkommen verwechselt wird, ist die sogenannte negative Einkommenssteuer. Das heisst, statt Steuern zu bezahlen, erhalten Leute mit weniger Mitteln Geld in Form von negativen Steuern direkt vom Staat. Es gibt dazu Beispiele in den USA. Diese

zeigen aber auf, dass die negative Einkommenssteuer tendenziell zu Reduktionen des Arbeitsangebotes führt.

Der neueste Bericht des Bundesamtes für Sozialversicherungen, in dem auch beiläufig auf das garantierte Mindesteinkommen eingegangen wurde, zeigt auf, dass sich unser jetziges Sozialsystem insgesamt sehr gut bewährt hat und dass das vorgeschlagene neue System einen sehr weit gehenden Umbau darstellen würde.

Schliesslich wurde insbesondere auf die finanziellen Auswirkungen hingewiesen. Die Finanzierung des Grundeinkommens aufgrund zusätzlicher Steuern würde 153 Milliarden Franken erfordern, was 26 Prozent des Bruttoinlandproduktes im Jahr 2012 entspricht. Die Volkswirtschaft würde damit enorm belastet. Dabei müssten 128 Milliarden Franken von heute bestehenden Erwerbseinkommen abgeschöpft und rund 25 Milliarden Franken zusätzlich beschafft werden. Ausserdem müssten 55 Milliarden Franken aus heutigen Leistungen der sozialen Sicherheit in die Finanzierung des bedingungslosen Grundeinkommens umgelagert werden. Bereits diese Zahlen zeigen auf, dass die Initiative etwas fordert, was gesellschaftspolitisch und auch volkswirtschaftlich kaum verkraftet werden könnte.

Ihre Kommission beantragt Ihnen deshalb, dem Beschluss des Nationalrates zu folgen. Sie tut dies mit 10 zu 0 Stimmen bei 1 Enthaltung. Ich bitte Sie, Ihrer Kommission zu folgen.

Rechsteiner Paul (S, SG): Die Volksinitiative, die wir heute behandeln, möchte der ganzen Bevölkerung ein menschenwürdiges Dasein und die Teilnahme am öffentlichen Leben ermöglichen. Diese Ziele kann man nur unterstützen. Sie ergeben sich allerdings schon heute sinngemäss, teilweise wörtlich aus unserer Bundesverfassung, namentlich aus den für die Schweiz massgebenden internationalen Konventionen, insbesondere aus dem Uno-Menschenrechtspakt I.

Das Problem dieser Volksinitiative sind nicht die positiven Ziele, sondern es ist das Mittel, das zur Erreichung dieser Ziele vorgeschlagen wird, nämlich das bedingungslose Grundeinkommen für alle, unabhängig vom Bedarf. Nach den Vorstellungen der Initianten sollen das rund 2500 Franken pro Monat für Erwachsene sein – egal, ob sie das nötig haben oder nicht. Ist es nun wirklich gescheit, allen, die erwerbsfähig sind und eine Stelle haben, von Staates wegen 2500 Franken pro Monat auszuzahlen? Das ist eine Summe, die völlig ungenügend ist, um davon in Würde leben zu können. Die Frage beantwortet sich also von selbst. Es müssten gewaltige Summen in Bewegung gesetzt werden, um solche Vorstellungen in die Tat umzusetzen, ohne dass dies den Erwerbstätigen irgendetwas nützen würde – von den immensen Kosten in der Grössenordnung eines Drittels des ganzen BIP und vom Aufbau einer enormen neuen Bürokratie ganz zu schweigen. Aus Sicht der Erwerbstätigen muss man zum Schluss kommen, dass es nur Nachteile gibt.

Aber auch bei jenen, die nicht zu den Erwerbstätigen zählen, sieht es nicht besser aus. Der Sozialstaat ist eine der grossen Errungenschaften der modernen Zivilisationen. Kein entwickelter Staat kann darauf verzichten. Zu den entwickelten Staaten zählt in erster Linie auch die Schweiz. Unser schweizerisches Sozialversicherungssystem ist aufgrund von konkreten sozialen Risiken entwickelt und aufgebaut worden – zu Recht! Zur Abdeckung der grossen sozialen Risiken wie Alter, Unfall, Krankheit, Invalidität oder Arbeitslosigkeit gibt es keine bessere und keine leistungsfähigere Antwort als eine Sozialversicherung. Sozialversicherungen, die diesen Namen verdienen, erbringen regelmässig bessere Leistungen als das strikte Minimum. Sie gehören zum Kern dessen, was die Schweiz im Besten auszeichnet.

Den Sozialstaat, die Sozialversicherungen durch ein bedingungsloses Grundeinkommen ersetzen zu wollen ist wenig zielführend. Es würde die soziale Lage der betroffenen Menschen verschlechtern statt verbessern. Denken Sie beispielsweise an die Altersrentnerinnen und Altersrentner oder an die Verunfallten. Sie hätten von einem garantierten Grundeinkommen anstelle der bewährten Sozialversicherungen nur Nachteile zu erwarten.

Natürlich müssen der Sozialstaat und die Sozialversicherungen immer wieder an die gewandelten sozialen Bedürfnisse angepasst werden, zum Beispiel aktuell bei der Altersvorsorge. Vor wenigen Jahren galt dies auch für die Kinderzulagen, bei denen eine neue Bundesregelung geschaffen worden ist, oder für die Mutterschaftsversicherung, bei der es ja Jahrzehnte gedauert hat, bis sie vom Verfassungsauftrag zum Gesetz geworden ist, und womöglich gilt es in ein paar Jahren beim Elternurlaub.

Es gibt immer noch empfindliche Lücken, namentlich im Bereich der Armutsbekämpfung, bei der sich in der Praxis auch aufgrund von politischen Kampagnen einiges verschlechtert hat, was wohl auch ein Anstoss zu dieser Volksinitiative war. Hier muss die Forderung lauten, die Armut zu bekämpfen, statt die Armen zu plagen. Auch Armutsbetroffene haben einen Anspruch auf würdige Behandlung. Die Sozialhilfe ist der einzige Ort, wo ein garantiertes Grundeinkommen den Betroffenen Vorteile bringen könnte, wenigstens dort, wo sie schikanös behandelt werden.

Die Entwicklungen bei der Armutsbekämpfung sind allerdings uneinheitlich. Im Positiven gibt es in verschiedenen Kantonen Beispiele dafür, wie das bewährte Instrument der Ergänzungsleistungen zur Bekämpfung der Familienarmut eingesetzt werden kann. Und es gibt Kantone, die neue Lösungen für ältere Arbeitslose vor dem Rentenalter entwickeln, die auf dem Arbeitsmarkt seit Längerem in einer schwierigen, manchmal aussichtslosen Lage sind. Ein Beispiel ist die «rente-pont» im Kanton Waadt, welche dafür sorgt, dass die Betroffenen vor dem Rentenalter nicht in die Sozialhilfe abstürzen. Auch die guten Branchenlösungen für Vorpensionierungen gehören zu diesen Antworten, beispielsweise das Rentenalter 60 auf dem Bau, das jetzt gerade wieder eindrücklich bestätigt worden ist.

Bei solchen konkreten sozialen Bedürfnissen muss die Weiterentwicklung des Sozialstaats ansetzen. Ein staatliches Mindesteinkommen, unabhängig davon, ob dafür überhaupt ein Bedarf besteht, ist keine Lösung. Ein garantiertes Grundeinkommen ist dort, wo kein Bedarf dafür besteht, zu viel und dort, wo es einen Bedarf gibt, zu wenig.

Fragwürdig ist, von welchem Begriff der Arbeit die Initianten im Hinblick auf die Welt der Erwerbsarbeit ausgehen. Für die meisten Menschen ist die Erwerbsarbeit im erwerbsfähigen Alter nicht nur die finanzielle Basis für ein selbstbestimmtes Leben, sondern auch die Voraussetzung zur aktiven Teilnahme am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben. Die Ziele müssen auf ein würdiges Leben ausgerichtet werden und damit auf die Teilhabe aller daran.

Allen voran gilt das für die Jungen: Sie dürfen nicht einfach auf die Ebene minimaler Sozialleistungen abgeschoben werden. Unser Bildungssystem muss die Ziele der Chancengleichheit und der grösstmöglichen Beteiligung am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben anvisieren. Deshalb müssen wir am Ziel festhalten, das vor einigen Jahren formuliert worden ist, wonach 95 Prozent der Jungen eine nachobligatorische Ausbildung machen sollen, sei es eine Lehre, sei es ein Studium.

Deshalb braucht es eine Wirtschaftspolitik, die auf das Ziel der Vollbeschäftigung ausgerichtet ist. Der technologische Wandel bedeutet nicht, dass die Arbeit in Zukunft ausgehen wird. Und es braucht eine Lohnpolitik, die dafür sorgt, dass sich die Arbeit für alle lohnt, auch für alle mit unteren und mittleren Einkommen, nicht nur für jene an der Spitze der Einkommenspyramide. Dafür braucht es gute Gesamtarbeitsverträge und Mindestlöhne. Diese klassischen Ziele sind aktuell geblieben.

All das hat durchaus einen Zusammenhang mit der Vorstellung eines garantierten Grundeinkommens. Dort, wo in der Vergangenheit mit einem Grundeinkommen experimentiert wurde, wie historisch beim Speenhamland-System im 18. Jahrhundert in England, hat das nicht zu einer Verbesserung, sondern zu einem Absinken der Löhne geführt.

Zum Schluss: Die Volksinitiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» ist eine nationale Volksinitiative. Es lohnt sich deshalb, noch einen kurzen Blick auf den internationalen Kontext zu werfen. Wenige Wochen erst ist es her, seit

die Entwicklungsziele auf Weltebene für die kommenden fünfzehn Jahre neu formuliert worden sind, und zwar mit der Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung, den sogenannten Sustainable Development Goals. Sie lösen die sogenannten Millenniumsziele von 2001 bis 2015 zur Bekämpfung von Armut ab. Die neue Agenda für die kommenden fünfzehn Jahre enthält nun ausdrücklich auch die Ziele sozialer Nachhaltigkeit wie jene der Vollbeschäftigung und von Decent Work, dem Anspruch auf anständige, gute Arbeit.

Das sind, ausgehend von den heutigen Realitäten, ambitionöse Ziele. Trotzdem: Wer sich bei den katastrophalen Arbeitslosenzahlen in vielen Ländern als Folge einer falschen Wirtschaftspolitik resigniert vom Ziel der Arbeit für alle verabschieden möchte, muss aufpassen, dass er nicht einer falschen Politik Vorschub leistet. Die Menschen im erwerbsfähigen Alter wollen nicht mit einem Minimaleinkommen abgespeist werden. Sie wollen Zukunftsperspektiven, sie wollen Arbeit. Die soziale/wirtschaftliche, die gesellschaftliche Nachhaltigkeit ist deshalb so wichtig wie die ökologische.

Die Volksinitiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen» verfolgt somit ein positives Ziel: ein würdiges Leben für alle. Soweit sie sich gegen die Entrechtung und Gängelung von sozialhilfeabhängigen Menschen wendet, hat sie auch verständliche und positive Motive. Das Mittel aber, das bedingungslose Minimaleinkommen für alle, unabhängig davon, ob sie das brauchen oder nicht, ist untauglich oder – schlimmer – falsch, weil es den Erwerbstätigen schadet, aber auch allen, die auf Sozialversicherungen zählen können. Diese müssen wir weiterentwickeln, wo es nötig ist. Alle müssen die Chance haben, im erwerbsfähigen Alter erwerbstätig zu sein. Das muss das Ziel bleiben.

Maury Pasquier (Liliane, S, GE): L'idée d'un revenu de base inconditionnel n'est pas encore arrivée à maturité. Et cette initiative a les défauts de la jeunesse: son impétuosité et son impatience. Elle en a aussi certaines des qualités, à commencer par l'audace, l'audace d'engager le débat en Suisse sur les questions fondamentales que sont la valeur du travail, le rapport à l'argent, le rôle de la part non rémunérée du travail et de l'existence, mais aussi la place de chacune et de chacun au sein de notre communauté.

Maladroite, sans doute trop pressée, cette initiative n'est pourtant ni stupide ni farfelue. L'idée d'octroyer à toutes les citoyennes et tous les citoyens une allocation individuelle inconditionnelle et à durée indéterminée, la durée d'une vie, se distingue par sa simplicité et son équité. L'idée, d'ailleurs, est en marche dans d'autres Etats, notamment aux Pays-Bas. A l'heure où le travail rémunéré est souvent mis sous pression, précarisé et où près de la moitié des emplois helvétiques actuels risquent de disparaître dans un avenir plus ou moins proche, le revenu de base inconditionnel offre un horizon alternatif possible et crédible. Un projet à la fois social et libéral, misant sur l'autonomie et les talents de chaque personne, un projet qui n'est ni de gauche, ni de droite, mais qui touche à des valeurs centrales.

En l'état, cette initiative n'est certainement pas réaliste, elle propose un modèle imparfait et beaucoup lui reprochent son idéalisme. C'est toutefois avec des idéaux que l'on a, toujours et partout, fait avancer le monde. Paradoxalement, c'est également sans doute par souci de réalisme que les montants suggérés par les initiants s'avèrent insuffisants à garantir une réelle équité. Malheureusement, l'air du temps est plus propice au populisme et aux craintes de tout ordre, justifiées ou non, que l'on brandit tels des épouvantails, et il n'offre pas d'espace aux utopies.

De plus, les initiatives populaires sont devenues les instruments d'un combat où on compte les points – combien de batailles gagnées, combien de perdues – plutôt que de faire avancer la société.

Dans ces circonstances, j'ai préféré m'abstenir en commission; vous l'avez entendu, le rapporteur l'a évoqué, je suis la seule à avoir fait entendre une voix légèrement discordante. J'en conviens, cela ne constitue pas une position très glorieuse, notamment si l'on prend en considération les 100 000 signatures recueillies par les initiants. Mais je pour-

suivrai dans cette attitude peu glorieuse en m'abstenant lors du vote d'aujourd'hui.

Fetz Anita (S, BS): Ein bedingungsloses Grundeinkommen würde bedeuten, dass Arbeit und Einkommen ein bisschen entkoppelt würden. Diese Vorstellung lässt jedem wackeren Eidgenossen augenblicklich alle Haare zu Berge stehen. Ich gestehe: Bei mir war das auch ein bisschen so. Hierzulande gilt es selbst für Reiche geradezu als unanständig, nicht erwerbstätig zu sein. Die Schreckensvorstellung, dass sich nach der Abstimmung nächstes Jahr die halbe Nation gemütlich in die Hängematte legt und dem Schlendrian frönt, ist also schnell zur Stelle. Über Widerstände und Skepsis gegenüber der Idee brauchen wir uns nicht zu streiten. Uns allen fällt es schwer – sogar sehr schwer –, uns die Einführung des bedingungslosen Grundeinkommens vorzustellen. Das ist bei mir auch nicht anders.

Dennoch finde ich, dass die Initianten eine Vision zur Diskussion stellen, über die nachzudenken sich lohnt. Immerhin haben über hunderttausend Schweizer Bürger und Bürgerinnen diese Initiative unterschrieben. Die Idee wird übrigens weltweit diskutiert. So hat beispielsweise die finnische Regierung die Einführung eines Grundeinkommens kürzlich in ihr Regierungsprogramm aufgenommen. Die Frage ist nun, warum das so ist. Der Grund liegt bei der rasanten technologischen Entwicklung, der digitalen Revolution. Ich habe die Herausforderung durch die Initianten angenommen – obwohl ich zuerst auch gedacht habe: Hui, was ist denn das? – und mir als Mitglied der Chambre de Réflexion ein paar Gedanken gemacht, die auch für ein bedingungsloses Grundeinkommen sprechen könnten. Ich betone: «könnten». Erste Überlegung: Die Digitalisierung der Arbeitswelt wird zu grossen Jobverlusten führen. Namhafte Experten wie beispielsweise der ETH-Professor Dirk Helbing rechnen damit, dass in dreissig bis vierzig Jahren etwa die Hälfte aller Jobs überflüssig wird, weil intelligente Software und Roboter die meiste Arbeit für uns erledigen. Das gilt auch für hochqualifizierte Arbeiten wie im Journalismus, in der Juristerei, der Ingenieurkunst, der Medizin und der Pflege sowie für viele andere Tätigkeiten.

Die Begleiterscheinungen dieser Entwicklung sind bereits heute spürbar. Im Laufe der nächsten Jahre und Jahrzehnte können sie sich zu einer veritablen sozialen Frage zuspitzen, ähnlich, wie wir das von der industriellen Revolution im 19. Jahrhundert kennen. Angesichts dieser Entwicklung ist das bedingungslose Grundeinkommen nicht etwa eine moralische oder gemüthliche Forderung, sondern betrifft vor allem eine ökonomische und volkswirtschaftliche Frage, über die nachzudenken sich lohnt. Aus diesem Grund setzen sich namhafte Ökonomen wie z. B. auch Klaus Wellershoff oder Thomas Straubhaar für die Einführung eines Grundeinkommens ein.

Natürlich ist die Finanzierungsfrage nicht gelöst. Das ist aber zum heutigen Zeitpunkt auch noch nicht nötig. Die Mutterschaftsversicherung stand über fünfzig Jahre in der Verfassung, bis das Finanzierungsmodell gefunden wurde, das mehrheitsfähig war. Aus meiner Sicht wird man die Finanzierung am ehesten über eine Computersteuer andenken können.

Zweite Überlegung: Die Freiwilligkeit ist ein Pfeiler unseres Milizsystems. Viele Berechnungen gehen davon aus, dass mehr als die Hälfte der gesellschaftlich notwendigen Arbeit finanziell nicht honoriert wird und auch nicht versichert ist; deshalb wird sie auch immer weniger wahrgenommen. Stellen Sie sich vor, was es kosten würde, wenn wir alle Hilfe für Betagte, Kranke, Behinderte und junge Menschen mit Löhnen bezahlen müssten. Sich da in alle Ewigkeit auf den Sondereffort der Frauen zu verlassen, können wir vergessen; diese Zeiten sind vorbei. Ein Grundeinkommen wäre ein Zeichen von Wertschätzung auch all jenen gegenüber, die ihren Beitrag leisten, ohne im Bruttozialprodukt zu erscheinen.

Es gäbe noch viele andere Gedanken, einen letzten möchte ich noch nennen: Heute leben wir in Zeiten des Sachzwangs, des Egoismus – wie ich dem sage –, den uns das ökonomische Marktmodell mit seinem rationalen und egoisti-

schen Menschenbild diktiert. Unterdessen merken wir aber alle, dass uns das je länger, je mehr ermüdet und entmutigt. Mit der Vision von mehr Freiheit und Unabhängigkeit könnten wir in den folgenden Jahren und Jahrzehnten die Frage diskutieren, wie wir Vertrauen, Mitmenschlichkeit und Kooperation statt Konfrontation in unserer Mitte wieder mehrheitsfähig und erlebbar machen können – all das, während wir alle weiterhin arbeiten. Natürlich hat diese Idee jetzt noch keine Mehrheit, auch nicht an der Urne. Ich will der Bevölkerung auch keine Abstimmungsparole vorgeben. Ich empfehle ihr nur, die Chance dieser Initiative zu nutzen und breit darüber zu diskutieren, wie wir uns die Arbeitsverteilung im 21. Jahrhundert vorstellen, in dem es meiner Meinung nach wegen der digitalen Revolution kaum mehr eine Vollbeschäftigung geben wird.

Zum Schluss sei mir ein kleiner historischer Rückblick erlaubt: 1890 wurde zum ersten Mal der Antrag im Nationalrat gestellt, eine AHV einzuführen. 1925 wurde die Verfassungsgrundlage dafür geschaffen, und 1948 wurde das entsprechende Gesetz in Kraft gesetzt. Dazwischen gab es viele Diskussionen, viele Kämpfe; von der Idee bis zur Umsetzung vergingen fast sechzig Jahre. Die Ablehnung der ersten Idee von 1890 – ich habe das nachgeschaut – wurde im Nationalrat ähnlich heftig diskutiert wie in der letzten Session im Nationalrat das bedingungslose Grundeinkommen. Heute sind wir alle stolz auf dieses Sozialwerk, das zentraler Bestandteil der Schweizer Identität ist.

In der Geschichte wurden alle grossen Ideen immer zuerst von einer kleinen Gruppe von Menschen vorgebracht und über lange Jahre hinweg gegen heftigen Widerstand vertreten, bis sie dann plötzlich mehrheitsfähig wurden. So wird es wohl auch mit dem bedingungslosen Grundeinkommen gehen. Heute können es sich nur wenige vorstellen. Morgen werden sich mit der digitalen Umwälzung in der Arbeitswelt Probleme stellen. Übermorgen werden die Probleme vermutlich so dringlich werden, dass wir in irgendeiner Form über ein Grundeinkommen sprechen müssen und uns darüber unterhalten, wie das machbar ist. Unser junger Ständeratspräsident wird das eventuell noch erleben – die meisten von uns nicht mehr.

Graber Konrad (C, LU), für die Kommission: Ich möchte noch erwähnen, dass in der Kommission im Zusammenhang mit dem vorliegenden Geschäft 14.058 auch die Petition Wäfler Urs 13.2041, «Unterstützung der Volksinitiative 'für ein bedingungsloses Grundeinkommen'», zur Diskussion stand und damit auch behandelt wurde.

Berset Alain, conseiller fédéral: Dans nos débats, il n'est pas très fréquent d'être confronté à des textes qui pourraient avoir des conséquences aussi fondamentales sur l'organisation de la société. Cela a été dit.

D'ailleurs, le débat que vous avez mené ce matin est un débat qui ne s'est pas tellement concentré sur la manière dont il faudrait éventuellement mettre en œuvre une telle initiative si elle était adoptée, mais c'est un débat qui s'est concentré sur la noblesse de l'idée, sur l'organisation de la société en général. Il s'est concentré non seulement sur ce qui va se passer demain ou après-demain, mais aussi sur ce qui pourrait peut-être se passer dans 50 ou 100 ans. Madame Fetz l'a rappelé d'ailleurs en expliquant la manière dont l'AVS avait été introduite. On voit bien que ce sont des institutions qui prennent des dizaines d'années à mûrir et à se mettre en place.

Cela dit, l'introduction de l'AVS a probablement répondu à un besoin très direct; c'est également un développement qui s'est fait aussi, d'une manière ou d'une autre, en écho à ce qui se passait dans les pays autour de nous. Cette connexion avec d'autres pays, sur un même continent par exemple, est naturellement extrêmement importante. Ce débat existe ailleurs, mais de manière très théorique, et, à ma connaissance, il n'y a pas vraiment eu d'expérience concrète, si ce n'est dans des conditions extrêmement réduites; on ne peut donc pas vraiment en tirer des conséquences pour l'ensemble d'une société.

Donc, le débat que vous menez sur cette initiative, sur cette idée, est un débat qui est fortement axé sur des valeurs, sur une vision de la société, un débat qui concerne la cohésion sociale d'un pays avec une forte composante utopique.

En m'intéressant à cette initiative, et aussi pour apporter la réponse du Conseil fédéral – je vous expliquerai tout à l'heure pourquoi le Conseil fédéral dit clairement qu'il faut recommander le rejet de cette initiative –, je n'ai pas pu m'empêcher de repenser à ces auteurs du XVI^e ou XVII^e siècle: Thomas More, avec «Utopia» ou Tommaso Campanella, qui a aussi écrit des réflexions allant dans ce sens.

Si on lit «Utopia» de Thomas More, auquel se réfère de manière très indirecte mais en même temps très précise l'initiative, on constate qu'«Utopia» est une île – «insula utopia». Une des conditions de base pour que le système prévu par l'initiative fonctionne est qu'il soit mis en oeuvre sur une île, ou alors que l'ensemble de la planète fonctionne avec les mêmes préceptes, les mêmes prérequis et la même organisation. Il s'agit d'un point de départ que nous ne connaissons pas, qui entre en contradiction même avec des outils que nous avons développés depuis bien longtemps, et qui se sont d'ailleurs encore traduits par la libre circulation, par les contacts et les échanges que nous avons avec les pays qui nous entourent. Chaque jour, 700 000 personnes franchissent la frontière suisse, et si un tel système était mis en place chez nous et que ce n'était pas le cas des pays voisins, cela aurait des conséquences relativement importantes, non seulement pour la Suisse, mais également pour l'ensemble du continent.

En ce qui concerne le fond et les conséquences de cette initiative du point de vue du Conseil fédéral, cela constituerait une transformation profonde de la société, une remise en cause complète de notre organisation avec des conséquences qu'il est aujourd'hui extrêmement difficile de prévoir. Cela correspondrait, en matière sociale et pour le dire de manière très, très directe et générale, à un changement de stratégie complet au regard de ce que nous avons fait en développant, par exemple, l'assurance-vieillesse et survivants ou d'autres types d'assurances dans notre pays depuis une centaine d'années. Je pense à la construction patiente et consciente de notre système social comprenant l'assurance-vieillesse et survivants, l'assurance-invalidité, l'assurance-chômage, l'assurance-accidents, l'assurance-maladie, les prestations complémentaires ou l'aide sociale. Une organisation sociale générale, construite par strates en fonction de besoins avérés et qui, à la fin, crée un ensemble que l'on souhaite aussi cohérent que possible.

Certes, il est possible que, dans cette construction, la logique d'assurance l'ait un peu trop emporté sur la logique d'existence. Et ce que propose l'initiative, c'est un renversement de ce principe, soit sortir d'une logique d'assurance pour se diriger vers une logique d'existence.

Si on peut critiquer cette logique, il n'en reste pas moins que c'est notre système, grâce auquel une existence digne est de facto déjà très largement garantie.

Un des points soulignés par les initiants est le fait que l'initiative permettrait de simplifier fortement l'organisation du système suisse. Je crois que, sur ce point, on doit leur donner tort, si vous me permettez. On ne pourrait pas simplifier autant que cela le système suisse. On ne pourrait le simplifier que pour autant que l'on puisse remplacer l'ensemble du système existant par un revenu inconditionnel de base. Mais cela ne serait pas le cas. Qui peut prétendre que 2500 francs par mois pour un adulte, si nous prenons ce chiffre, suffiraient dans tous les cas à couvrir les besoins en termes d'invalidité? Cela ne serait pas le cas. Il faudrait conserver en parallèle une assurance-invalidité. Est-ce que cela pourrait suffire à couvrir tous les cas de maladie? Eh bien non, il y a des cas de maladie qui coûtent beaucoup plus cher que cela. Il faudrait donc conserver, en complément, une assurance-maladie. Il faudrait probablement conserver aussi des prestations complémentaires tout comme une assurance-accidents. Il y a en effet des cas d'accident pour lesquels on ne peut pas s'en sortir avec 2500 francs par mois. On rajouterait donc une strate, mais sans simplifier le système ac-

tuel. L'objectif de simplification que vise l'initiative ne pourrait pas être rempli.

L'initiative – cela a aussi été souligné dans différentes interventions – est peut-être aussi une tentative de répondre à une certaine individualisation de la société ou à ce que l'on pense percevoir comme un rétrécissement du lien social. Dans ce sens, je crois qu'il faut considérer l'initiative comme une contribution utile au débat. Cela permet en effet de mener le débat, et ce n'est pas la moindre des choses de pouvoir, au Parlement, mener une telle discussion. C'est peut-être même la première fois que cela a lieu, je n'ai pas vérifié. Cela reste un débat qui mérite d'être mené pour que l'on fasse le point: est-ce que l'on souhaite un tel système? La réponse pour le Conseil fédéral est clairement non. Idem pour le Conseil national. Je crois que la réponse est clairement négative pour votre commission. Néanmoins, il s'agit d'un débat qui méritait d'être mené.

Cela dit, il faut recommander avec beaucoup de clarté au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative. Pourquoi? Parce qu'un oui ne serait pas un oui de sondage. Un oui serait un signal de modification de la Constitution. Dire oui ne signifierait donc pas étudier une idée, essayer de regarder si l'initiative pourrait être appliquée, cela signifierait l'appliquer. Et l'appliquer, ce n'est pas possible! Je vous le dis franchement: cela ne va pas! C'est la raison pour laquelle il faut clairement recommander au peuple et aux cantons de la rejeter. Le Conseil fédéral s'engagera dans ce sens, en reconnaissant toutefois que cela fait peut-être partie aussi de l'intérêt d'un engagement politique, au Parlement, au Conseil fédéral, que d'avoir parfois l'occasion de prendre un peu de hauteur pour mener des débats qui nous sortent un tout petit peu du quotidien.

Dans ce sens, je vous remercie du débat et je vous remercie également de suivre le Conseil fédéral et de recommander clairement au peuple et aux cantons de rejeter l'initiative.

Eintreten ist obligatorisch

L'entrée en matière est acquise de plein droit

Bundesbeschluss über die Volksinitiative «für ein bedingungsloses Grundeinkommen»

Arrêté fédéral concernant l'initiative populaire «pour un revenu de base inconditionnel»

Detailberatung – Discussion par article

Titel und Ingress, Art. 1, 2

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Nationalrates

Titre et préambule, art. 1, 2

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil national

Angenommen – Adopté

Le président (Comte Raphaël, président): Comme l'entrée en matière est acquise de plein droit, il n'y a pas de vote sur l'ensemble.

Nous prenons ainsi acte de la pétition Wäfler Urs 13.2041, «Soutien à l'initiative 'pour un revenu de base inconditionnel'». Elle a été examinée dans le cadre du présent objet, conformément à l'article 126 alinéa 2 de la loi sur le Parlement.